|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Antrag | **C 02** |  |
| **Antragsteller:** | **Geschäftsführender Bezirksvorstand** |
| **Betrifft:** | **Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf den Umfang der Arbeitszeiten der Tarifbeschäftigten** |

|  |
| --- |
| *Der 17. Ordentliche Delegiertentag der GdP Bezirk BKA möge beschließen:* |
|  |  |  |
| Der Bundesvorstand möge darauf hinwirken, die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf den Umfang der Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten anzupassen. |
| **Begründung:**Die Erhöhung der Arbeitszeit für Bundesbeamtinnen und -Beamte auf 41,0 Stunden/Woche wurde im Zuge der durch die Politik forcierte Stelleneinsparung im öffentlichen Dienst aufgrund der seinerzeit vorhandenen Haushaltsengpässe durchgesetzt. Durch die Anhebung der Arbeitszeit sollte ein Teil der weggefallenen Stellen kompensiert werden. Die Haushaltslage hat sich mittlerweile eklatant verbessert. Die Stelleneinsparquoten wurden aufgehoben. Zumindest für den Bundesbereich ist von erheblichen Stellenzuwächsen auszugehen. In diesem Sinne ist die Argumentation, die zur Erhöhung der Wochenarbeitszeit geführt hat, nicht mehr haltbar. Daher soll die wöchentliche Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten einkommensneutral auf den Umfang der Arbeitszeiten der Tarifbeschäftigten angepasst werden. |
|  |  |  |

**Empfehlung der**

**Antragsberatungskommission:**

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| [ ]  | Annahme | [ ]  | Annahme als Arbeitsmaterial zu | [ ]  | Erledigt durch | [ ]  | Nichtbefassung |
| [ ]  | Annahme mit Änderung | [ ]  | Annahme als Arbeitsmaterial | [ ]  | Nichtbehandlung | [ ]  | Ablehnung |